



**Doppelhaushalt 2022/2023 der Landeshauptstadt Stuttgart:
Allgemeine Aussprache**

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Martin Körner

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen,
liebe Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung, bei den Eigenbetrieben,
meine sehr verehrten Damen und Herren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sie haben bei der Einbringung ihres Haushaltsentwurfs auf Helmut Schmidt Bezug genommen. Und sie haben seinen Lieblingsphilosophen zitiert, Karl Popper. Das kann ich mir natürlich nicht entgehen lassen. Das ist klar. Sie haben Karl Popper zitiert, der gesagt hat: „Optimismus sei Pflicht. Man müsse sich auf die Dinge konzentrieren, die getan werden sollen und für die man verantwortlich ist.“ Mir gefällt das Zitat. Natürlich auch wegen des Bezugs zu Helmut Schmidt. Aber weil ich für die sozialdemokratische Fraktion hier im Rathaus Antworten geben möchte auf die Fragen: Auf was sollten wir uns denn konzentrieren? Was sollte denn konkret getan werden bei den Themen, auf die wir uns konzentrieren sollten? Und wofür sind wir denn verantwortlich und wofür sind vielleicht auch andere verantwortlich?

Und natürlich möchte ich ihr Zitat auch ein bisschen auf die Höhe der Zeit bringen. Denn Helmut Schmidt lebt nicht mehr. Karl Popper auch nicht. Aber Olaf Scholz lebt noch. Auch er ist Sozialdemokrat. Auch er ist Hamburger. Und wer weiß, wenn wir hier kurz vor Weihnachten zur 3. Lesung zusammenkommen, vielleicht ist er dann ja auch Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Und ich persönlich bin davon überzeugt, dass Olaf Scholz bei den Bundestagswahlen auch deshalb erfolgreich war, natürlich, weil er vorher hier beim Neujahrsempfang der SPD-Gemeinderatsfraktion war, aber vor allem, weil er damals schon – und auch in dem was er den Wählerinnen und Wählern angeboten hat – ein Wort in den Mittelpunkt seines Angebots gestellt hat und das ist das Wort ‚Respekt‘.

Und dieses Wort hilft aus meiner Sicht, weil es bei der Beantwortung der Fragen, die sie aufgeworfen haben mit Karl Popper, Haltung klarmacht, Werte deutlich macht, mit denen wir als sozialdemokratische Fraktion diese Frage bearbeiten.

Was heißt das ‚Respekt‘? Respekt heißt für uns, zunächst mal vor der Würde aller Bürgerinnen und Bürger, dass alle ein Recht auf gleiche Verwirklichungschancen und ein sicheres Leben haben. Eine Wohnung, ein Kita-Platz, Zugang zu kostenloser Bildung, Mobilität, Kultur, Sport, einen schnellen Internetanschluss, Zugang zum Wissen dieser Welt, verlässliche digitale Dienste für eine aktive Zivilgesellschaft, Gesundheitsversorgung, Mitbestimmung im Arbeitsleben auf Augenhöhe, eine sichere Rente, eine gute Pflege. Das sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten soziale Grundrechte und die Voraussetzungen für die Stabilität von Familie und Gesellschaft.

Respekt. Was heißt das jetzt für Stuttgart? Wie sieht es aus, mit dem, was ist? Und das ist ja das erste, womit Politik beginnt: Zu beschreiben was ist und was sollte konkret getan werden.

Ich möchte anfangen mit dem Recht auf Wohnen. Was ist in Stuttgart? Die durchschnittliche Mietspiegelmiete in Stuttgart in den letzten 10 Jahren: plus 43%, von 7,22 auf 10,34. Normalverdienerinnen und Normalverdiener können sich keinen neuen Mietvertrag in Stuttgart leisten. Geschweige denn den Kauf einer Eigentumswohnung. Die Grundstückspreise haben sich seit 2010 mehr als verdoppelt.

Was müssen wir konkret tun? Natürlich brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnungsneubau in dieser Stadt. Das muss Teil einer Antwort auf diese Probleme sein. Natürlich müssen wir faire Wohnungsunternehmen stärken: Genossenschaften. Auch unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft. Bodenvorratspolitik mehr betreiben als in der Vergangenheit. Und wir müssen gravierenden Fehlentwicklungen begegnen! Ich möchte zwei, drei nennen. Erstens: Alte Menschen in Stuttgart,

Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die in ein Pflegeheim müssen, die in den letzten Lebensmonaten ihres Lebens zahlen im Neubau in Rohr beim Eigenbetrieb Leben und Wohnen für ihr 22 qm Zimmer in Zukunft fast 1000 Euro nur dafür, dass sie da wohnen können. Sind in der aktuellen Kalkulation 840, 860 Euro, aber bei Neubauten wird das der Standard sein. Das kommt hinzu zu vielen anderen Kostenbestandteilen, die ganz viele ältere Menschen überfordern. Das sind pro qm Wohnfläche 40 Euro. Das hat doch nichts mit Respekt zu tun vor der Lebensleistung dieser älteren Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Deswegen schlagen wir als SPD-Fraktion vor, dass wir als Stadt den Neubau solcher Pflegewohnungen bezuschussen. Wir denken an 10 Projekte in den nächsten 10 Jahren mit 5 Millionen Euro Zuschuss. Wir schlagen dieses Programm vor und damit können wir die Kosten dieser älteren Stuttgarterinnen und Stuttgarter immerhin auf ein Niveau von 600 Euro bringen. Das ist aus unserer Sicht der Respekt, den wir diesen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger schulden.

Wir haben – und das wird in den nächsten Jahren noch dramatischer werden – nicht nur hohe Wohnkosten, Kaltmiete, sondern auch hohe Nebenkosten. Die Gaspreise explodieren momentan. Und wir werden über die CO2 Abgabe hier noch mehr Probleme bekommen. Und viele Mieterinnen und Mieter haben Angst vor einer energetischen Gebäudesanierung ihres Mietshauses, weil die Kosten auf die Miete umgelegt werden können. Deswegen haben wir vor 2 Jahren vorgeschlagen, das kommunale Energiesparprogramm deutlich auszuweiten, für Wohnungsunternehmen zugänglich zu machen, damit wir mit öffentlichen Zuschüssen dafür sorgen können, dass eine Sanierung warmmietenneutral stattfinden kann und schlagen in diesem Haushalt vor, dass wir unser Energieberatungszentrum so aufstellen, dass dieses Förderprogramm auch endlich zum Laufen kommt. Das ist unser Vorschlag für effektiven Klimaschutz und den sozialen Ausgleich der notwendig ist auf dem Wohnungsmarkt.

Und wir haben eine besondere Fehlentwicklung für viele Familien und Kinder in Gemeinschaftsunterkünften. Über 2000 Kinder und junge Menschen in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften in Stuttgart leben zu ganz schlechten Bedingungen. Im Schnitt mit 7 qm Wohnfläche für jeden, der da wohnt. Mit ganz schlechten Bedingungen für junge Menschen dort überhaupt lernen zu können und immer länger als eigentlich geplant, weil das ja nur für eine Übergangszeit gedacht ist. Deshalb

unterstützen wir die Vorschläge des Sozialamts, des Jugendamts, die Situation dort gravierend zu verbessern. Da geht's um viel Geld. Das wollen wir vorschlagen bei den Haushaltsberatungen, um Respekt zu zollen, denen, die in unserer Stadt wohnen wollen und auch wohnen müssen. Das wollen wir konkret verbessern.

Und damit bin ich bei Familien und Alleinerziehenden mit Kindern, mit Jugendlichen in unserer Stadt. Vielen Familien geht es gut. Vor allem, wenn die Eltern einer hochqualifizierten Tätigkeit nachgehen, die gut bezahlt ist in Stuttgart. Und noch gibt es auch in der Industrie viele gut bezahlte Jobs für Leute ohne akademischen Abschluss. Aber die werden immer weniger. Und wir haben zunehmend Menschen in unserer Stadt, als Kassiererinnen im Supermarkt, im Nahverkehr, im Servicebereich, die Gehälter verdienen, mit denen sie sich kaum noch ein Leben in unserer Stadt leisten können. Und wir haben Menschen die auf die Bonuscard und Hilfe der Stadt angewiesen sind. Und wie geht es diesen Familien und den Kindern in unserer Stadt? Ich möchte zwei, drei Zahlen nennen: In unseren weiterführenden Schulen, in den Gymnasien, haben 10% aller Kinder eine Bonuscard. 10 Prozent. Jedes zehnte Kind! In den Realschulen sind es schon 25%. Jedes vierte Kind! Und in den Werkrealschulen und Gemeinschaftsschulen 50%. Jedes zweite Kind aus einer ärmeren Familie! Ich bin davon überzeugt, dass unsere vielfältige Stadtgesellschaft diese Unterschiede auf Dauer nicht aushalten wird. Dass es nicht funktionieren kann, wenn wir Schulen für die ärmeren Kinder haben, die im zehnten Lebensjahr auf diese Schulen gehen und Schulen für die Kinder aus reicheren Familien. Das wird auf die Dauer nicht funktionieren. Und so werden wir auch keine sichere Stadt sein. Davon bin ich überzeugt auf Dauer.

Deswegen unterstützen wir die Vorschläge des Jugendamtes, die Kitas zu stärken, Personal zu gewinnen, die Kindergärten mit vielen Kindern aus ärmeren Familien zu stärken, indem wir die Kinder- und Familienzentren ausbauen. Auch die Freien Träger zu unterstützen. Wir sind bereit dort viele zusätzliche Millionen reinzustecken. Wir unterstützen die Vorschläge des Schulverwaltungsamtes für mehr Schulsozialarbeit. Und, Herr Oberbürgermeister, wir dürfen auch nicht auf die Bremse steigen, wenn es um die Sanierung vieler Schulen in unserer Stadt geht, sondern wir müssen da Gas geben und werden deshalb Planungsmittel auch für weitere Schulbaumaßnahmen beantragen.

Wir schlagen als SPD-Fraktion vor, ein Frühstück für alle Kinder möglichst in der Grundschule, weil fast 40% ohne Frühstück in die Schule kommen. Wir schlagen einen Kulturpass vor: 100 Euro Gutschein für kulturelle Angebote in unserer Stadt mit dem 16. Lebensjahr. Weil wir damit auch einladen wollen „Ja zu sagen“ zu unserer Stadtgesellschaft und „Ja zu sagen“ zum Mitmachen und auch Respekt zeigen wollen für diese jungen Menschen. Wir sind davon überzeugt, dass wir für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt mehr tun müssen.

Und das Herr Oberbürgermeister ist auch ein Beitrag zu mehr Sicherheit in unserer Stadt. Sie haben in ihrer grünen Liste eine Zeile, da steht drinnen: „Maßnahmen-Konzept für ein sicheres Stuttgart“. Dafür sind Stellen vorgesehen beim städtischen Vollzugsdienst. Aber auch Sachmittel: 1 Millionen pro Jahr. Mir ist es bisher nicht gelungen herauszufinden, was da eigentlich stattfinden soll. Wir bitten sie uns zu erläutern, was sie da vorschlagen. Fehlen tun auf jeden Fall präventive Konzepte für mehr Sicherheit. Es fehlt der Vorschlag des Jugendamtes für eine präventive Jugendarbeit, vor allem in der Innenstadt. Wir schlagen das vor! All die Maßnahmen, die ich aufgeführt habe im Kitabereich, im Schulbereich helfen präventiv auch für mehr Sicherheit in dieser Stadt und das ist ja ein wichtiges Thema. Das wissen wir ja, seit geraumer Zeit. Und ich darf auch erwähnen, dass präventive Sicherheitspolitik auch durch eine starke Feuerwehr im Übrigen geleistet wird, wo wir als Fraktionen massiv nacharbeiten müssen, weil das, was notwendig ist, dort nicht eingestellt ist.

Ich komme zum Schluss, Herr Oberbürgermeister. Ich möchte mich bedanken bei den Fraktionen für die vielen Gespräche. Bei allen, die wir schon geführt haben. Bei Kolleginnen und Kollegen der Fraktionsgemeinschaft FrAKTION, wo es ja sehr wohl, Herr Kollege Rockenbauch, auch inhaltliche Diskussionen gab. Wir halten zum Beispiel nichts von ihrem Vorschlag, jetzt die Grundsteuer zu erhöhen wo die Nebenkosten für die Mieterinnen und Mieter gerade explodieren. Wir bedanken uns bei den Gesprächen mit der Fraktionsgemeinschaft Puls. Wir bedanken uns bei den grünen Kolleginnen und Kollegen. Bei der CDU. Bei der FDP. Bei den Freien Wählern. Wir haben mit allen gute Gespräche geführt. Wir freuen uns auf die vor uns stehenden Beratungen. Wir haben diese gemeinsam mit Grünen, CDU und FDP gut vorbereitet. Es wird aber keine closed-shop-Veranstaltung geben. Wir sind offen für gute Vorschläge auch anderer Fraktionen.

Wir nehmen mit Respekt zur Kenntnis, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, viel in der Stadt unterwegs sind. Und wir begrüßen das auch ausdrücklich. Aber wir vermissen beim Thema Sicherheit noch die Substanz. Was wollen sie dort? Und wir vermissen bei wichtigen Themen dieser Stadt, Energie Wohnen, Mobilität, Klimaschutz, die Situation von Familien mit Kindern ein wahrnehmbares Wollen das sie zum Ausdruck bringen. Und wir möchten sie ermutigen, dieses Wollen mehr zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen auf jeden Fall bereit, um dieses Wollen positiv mitzubegleiten. Mit Respekt und vielem mehr und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Dankeschön.